

	Seite
Einleitung	1
Die Entwicklung der Göttinger Schulen vor der Universitätsgründung	10
 1. Teil: Die Schulen unter dem Einfluß aufkläre- rischer Bestrebungen (1734-1807)	 26
1. Kapitel: Die politischen, sozialen und wirt- schaftlichen Entwicklungsbedingungen der Schulen (1734-1807)	28
I. Das Stadtregiment in Göttingen	28
II. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Göttingens nach der Universitätsgründung	33
2. Kapitel: Die Entwicklung der Stadtschule unter dem Einfluß aufklärerisch-neuhuma- nistischer Bildungsvorstellungen und lokaler Ausbildungsforderungen und Be- harrungstendenzen (1734-1798)	38
I. Die Errichtung der Stadtschule (1734)	38
A. Die Schulordnung von 1734	41
B. Die finanzielle Sicherung der Schule und die soziale Situation der Lehrer	46
C. Das Verhältnis der Schüler und der Stadtbevölkerung zur Schule	58
II. Zielvorgaben für eine grundlegende Erneuerung der weiterführenden Bildung in den Stadtschulen der großen Städte des Landes	64
A. Die Grundintentionen der braun- schweigisch-lüneburgischen Schulordnung von 1738	65
B. Das weiterführende Konzept J.M. Gesners für eine stufendiffe- renzierte Schule (1756)	69
C. Die neuhumanistisch geprägte Ausbildung der Lehrer und ihre Verbindung mit der zentralisier- ten Schulaufsicht	74
III. Bemühungen zur Umsetzung der Re- formvorstellungen in die Praxis der Stadtschule in Göttingen (1734-1798)	80
A. Bestrebungen des Landes (1734-1753)	81
1. Die Verhandlungen um die ge- nerelle Einführung der braun- schweigisch-lüneburgischen Schulordnung zwischen 1737 und 1739	81
2. Der Versuch zur Einführung der braunschweigisch-lüne- burgischen Schulordnung als Landesgesetz (1752)	86

3. Gründe für das Scheitern der Bestrebungen	89
B. Die Entstehung der Verordnung für ein Reifezeugnis der Stadtschule (1752)	97
C. Vorschläge und Maßnahmen einzelner Personen (1753-1767)	105
1. Die Vorschläge von Rudolf Wedekind	108
2. Der Plan zur Neuorganisation der Stadtschule nach den Vorstellungen von A. F. Büsching	114
3. Forderungen und kritische Anmerkungen von M. L. Willig	117
4. Reformen und Widerstände	122
IV. Ansätze zur Durchsetzung neuer Bildungsvorstellungen und Bildungsforderungen zwischen 1767 und 1798	127
A. Die Aufnahme bürgerlicher Bildungsforderungen in das Unterrichtsangebot zwischen 1767 und 1773	127
1. Die Petition der Göttinger Bürgerdeputierten an das Geheimratskollegium v. 13.4.1767	128
2. Die Veränderungen in der Schulverfassung und im Unterrichtsangebot bis 1773	129
B. Die Umgestaltung der Stadtschule zur differenzierten Stufenschule durch Eyring (1767-1798)	131
1. Der neue Schulaufbau und die Anordnung der Unterrichtsinhalte	132
2. Die pädagogischen Grundlinien der Eyringschen Reform	138
3. Wirkungen und allgemeine Bedeutung der Eyringschen Reform	140
3. Kapitel: Versuche und Maßnahmen zur Verbesserung der Opferschulen und zur Errichtung neuer Bildungseinrichtungen außerhalb der Stadtschule (1734-1804)	146
I. Schulverhältnisse im Bereich der elementaren Bildungseinrichtungen außerhalb der Stadtschule (Opferschulen, Neben-, Winkel- oder Klipp-schulen)	146
A. Zielvorgaben der Landesherrschaft: Die Schulordnungen von 1650 und 1734	147
B. Die Schulverhältnisse an den Opfer- und Winkelschulen in Göttingen um 1750	152
II. Initiativen zur Verbesserung der Situation der Opferschulen	166
A. Bau neuer Schulhäuser zwischen 1768 und 1781	166

B. Versuch zur Ordnung des Schulbesuches durch das geistliche Stadtministerium (1780)	176
III. Die Gründung der Industrieschule und ihre Entwicklung bis 1804	182
A. Soziale und wirtschaftliche Verhältnisse in Göttingen um 1785	183
B. Konzept, Organisation und Arbeitsweise der Industrieschule in Göttingen (1784-1804)	187
1. Zielvorstellungen und Planungsüberlegungen bei Gründung der Industrieschule (H. Ph. Sextro)	187
2. Die Umsetzung des Konzeptes durch L. G. Wagemann	191
3. Wirkung und Bedeutung der Industrieschule in Göttingen	201
IV. Erste Ansätze zur Loslösung der Volksbildung vom landesherrlichen Konzept christlich-katechetischer Untertanenbildung unter dem Einfluß säkularer Tendenzen, ansteigender Bildungsinteressen und pädagogisch-didaktischer Reformbestrebungen	203
2. Teil: Die Göttinger Schulen zur Zeit des Neuhumanismus (1796-1831)	210
1. Kapitel: Veränderungen in den politischen, sozialen und verwaltungsmäßigen Verhältnissen der Stadt (1807-1831)	212
2. Kapitel: Die Entwicklung der Stadtschule unter dem Einfluß des neuhumanistischen Bildungsdenkens (1796-1831)	220
I. Die philologisch-didaktischen Vorstellungen Heynes und sein Schulreformkonzept (um 1770/80)	220
II. Die Neuordnung der Stadtschule (1796-1799)	226
A. Die Trennung des Latein- und Religionsunterrichtes vom Kantorat (1796)	226
B. Die neue Schulverfassung und Schulordnung für die Göttinger Stadtschule von Chr. G. Heyne (1798)	229
C. Die Ablösung der Currende als Sozial- und Musikinstitut (1798)	242
D. Die Differenzierung und Verschärfung der Zulassungsbedingungen zum Studium (1799)	247
E. Erste Auswirkungen des neuhumanistischen Bildungsdenkens auf die Stadtschule in Göttingen	249
III. Von der Stadtschule zum neuhumanistischen Gymnasium (1798-1831)	253

A. Bestrebungen zur Zentralisierung der Schulverwaltung und der Schulen in der westfälischen Periode (1807-1813)	254
B. Reformprogramme auf städtischer Ebene (1811-1830)	258
1. Die Vorschläge von Joh.Friedr. Kirsten und Ernst Carl Friedrich Wunderlich für die Weiterentwicklung der Stadtschule (1811)	259
2. Die Schulordnungen und Schulprogramme unter der Inspektion von Arnold Heeren (1815-1830)	264
3. Der "Lehrplan des Gymnasiums zu Göttingen" von August Grotefend (1831)	269
C. Bestrebungen zur Vereinheitlichung und Zentralisierung von Seiten des Landes	277
1. Die Einführung einer landeseinheitlichen Maturitätsprüfung (1829)	278
2. Die Verstaatlichung der Schulaufsicht und die Einführung einer staatlichen Lehramtsprüfung (1830/31)	283
D. Die Auswirkungen der Reformen auf die finanziellen Zusammenhänge der höheren Bildung und die Bildungsinteressen des städtischen Bürgertums	287
3. Kapitel: Ansätze zur Neuorientierung und übergreifenden Reform bei den Schulen und Bildungseinrichtungen außerhalb der Stadtschule (1804-1831)	294
I. Die Schulverhältnisse an den Elementarschulen zu Beginn des 19. Jahrhunderts	296
A. Die Opferschulen	296
B. Die privaten Schulen (Winkel- oder Nebenschulen)	304
II. Die Anfänge einer öffentlichen höheren Mädchenbildung (1806-1829)	308
A. Die Grundung und Entwicklung einer Universitätstöchterschule (1806-1829)	313
B. Die Erweiterung der Universitätstöchterschule zur "Schule für Töchter aus den gebildeten Ständen" (1829)	319
III. Bestrebungen zur Reorganisation und Aufwertung der Opfer- und Winkelschulen	324
A. Die Vorstellungen und Pläne der Verwaltung des Königreiches Westfalen zur Neugestaltung der	

	Seite
Schulaufsicht, Schulverwaltung und Lehrereinstellung	325
B. Der Antrag der Opfermänner auf Einführung einer allgemeinen Schulsteuer (1810)	330
C. Das Streben der Opfermänner nach Anerkennung der Parochial- schulen als Pflichtschulen des 'bürgerlichen Standes' (1829)	334
D. Die ersten parochieübergreifen- den Reformvorschläge: Ausbau der bestehenden Parochialschulen oder Errichtung einer Zentral- schule (1828)?	338
E. Das Ende der Industrieschule und die Entstehung neuer Schulen im Umfeld ihrer Bildungsaufgaben (1804-1831)	344
1. Das Ende der Industrieschule	346
2. Die "Sonntagsschule für Hand- werker" als Wurzel der Be- rufsschule und der Realschule	350
IV. Die nichtgymnasialen Schulen in der Auseinandersetzung mit den überlieferten Rechtsverhältnissen und mit den emanzipativen und restriktiven Tendenzen der Zeit	361
3. Teil: Schulen und Schulpolitik in Göttingen im Widerstreit der Interessen von Bürger- schaft, Magistrat, Kirche und Staat (1831-1877)	366
1. Kapitel: Die Veränderungen der politischen und sozialen Verhältnisse (1831-1877)	367
2. Kapitel: Die Entwicklung des Gymnasiums: Von der Stadtschule zur Staatsanstalt (1831-1877)	373
I. Die Differenzierung des gymnasialen Bildungsangebotes (1837-1868)	374
II. Die Angliederung einer Vorschule (1864)	380
III. Die Stärkung der privilegierten Stellung des Gymnasiums und der höheren Realbildung	382
IV. Die Anpassung der Verwaltung an die Entwicklung	386
V. Die Verstaatlichung der höheren Schule (1877)	391
VI. Die Entwicklung des Gymnasiums von der Stadtschule zur Staats- anstalt aus der Sicht des Bürger- tums	398

3. Kapitel: Bürgerschaft, Magistrat, Kirche und Staat im Kampf um die mittleren und niederen Schulen (1831-1876)	400
I. Städtische Initiativen zur Einrichtung einer bürgerlichen Mädchenbildung (1831-1843)	402
A. Die Initiative der Kommission der städtischen Kollegien vom 9. Juni 1833 zur Errichtung einer öffentlichen Stadttöchter- schule	406
B. Die Auseinandersetzungen zwischen Magistrat und Bürger- schaft	410
C. Der Widerstand des geistlichen Stadtreiments und der Paro- chialschulen	414
D. Das Scheitern der städtischen Bemühungen um eine bürgerliche Töcherschule	420
E. Die Verbesserung des Schulange- botes für Mädchen durch private Gründungen	424
F. Zur Bedeutung der Vorgänge um die Gründung bürgerlicher Mäd- chenschulen für die Gesamtreform des mittleren und niederen Schulwe- sens	432
II. Bemühungen um eine übergreifende Reform der mittleren und niederen Schulen (1835-1845)	434
A. Die Vorschläge des geistlichen Stadtministeriums zur Umgestal- tung der mittleren und niederen Schulen (1835)	436
B. Die Vorschläge der gemeinsamen Kommission des Magistrates und des geistlichen Stadtministeriums zur "Verbesserung des Volksschul- wesens in Göttingen" vom 10. Juli 1838	443
C. Das Scheitern der Vorschläge der gemeinsamen Kommission am Wider- stand der Bürgerschaft und der kirchlichen Behörden (1839-46)	456
III. Auseinandersetzungen um die Reform der Schulen von den revolutionären Ereignissen des Jahres 1848 bis zu den Neuordnungen für die Volksschu- len der Stadt Göttingen im Jahre 1863	475
A. Erste Verbesserungen der Volks- bildung (1848-1863)	484
1. Der Vorschlag der Bürgerver- sammlung für einen Ausbau der bestehenden Parochialschulen	485
2. Die Forderungen des Bürger- vereins auf Errichtung einer Bürgerschule	487

3. Zuschüsse der Stadt für die Finanzierung der Opferschulen (1848-1863)	490
4. Der Ausbau der Johannissschule zur Gehobenen Volksschule 1847/48	493
5. Die Entwicklung der übrigen Schulen	495
6. Zur Bedeutung der Verbesserungen und Veränderungen	497
B. Die Bestrebungen zur Errichtung einer städtischen Bürgerschule im Widerstreit mit den kirchlichen und staatlichen Interessen (1848-1859)	501
1. Die Vorschläge der Schulkommission der städtischen Kollegien von 1851 zur Errichtung einer Bürgerschule	505
2. Gegenläufige Initiativen des Konsistoriums zu einer Gesamtreform	509
a. Der Versuch mit einer gemeinsamen Kommission (1851/52)	509
b. Der eigene Regulativentwurf des Konsistoriums (1853)	517
c. Die Regulativentwürfe von 1856/57 und das Scheitern der Reform	522
3. Erneute Bestrebungen der städtischen Kollegien zur Errichtung einer Bürgerschule und ihr Scheitern (1858/59)	526
C. Das Regulativ für die evangelisch-lutherischen Volksschulen der Stadt Göttingen vom 24. März 1863	532
1. Die Verhandlungen zwischen den städtischen, kirchlichen und staatlichen Instanzen (1859-1863)	532
2. Die Veränderungen der Schulverfassung durch das Regulativ von 1863	539
D. Die Neuordnung für die nicht-lutherischen Elementarschulen	546
1. Das Regulativ für das reformierte Volksschulwesen zu Göttingen	546
2. Die Verbindung der von-Hugoschen-Vereinsschule mit den lutherischen Volksschulen (1866)	548
E. Die Konfrontation der Vertreter der Parochialschulinteressen mit den Bürgerschulbestrebungen (1864/65)	551

1. Die Frage der Finanzierung von Reformvorhaben (1863-1865)	552
2. Die Auseinandersetzungen um die Erhöhung des städtischen Zuschusses für die Parochialschulen (1864/65)	554
F. Die Errichtung der städtischen höheren Töchterschule (1865/66)	560
IV. Die Kommunalisierung der Volksschulen (1863-1876)	563
A. Die Schulsituation der Volksschulen in Göttingen nach 1863	564
B. Die schulpolitischen Gegensätze in Göttingen als Hemmnis weiterer Reformen	568
1. Die Schulorganisationspläne	568
2. Die Auseinandersetzungen um die örtliche Schulaufsicht	572
C. Das Regulativ für die evangelisch-lutherischen Volksschulen der Stadt Göttingen vom 6. März 1876	579
1. Die Durchsetzung der Reform unter Bürgermeister Merkel (1872-1876)	581
2. Die Veränderungen durch das Regulativ von 1876	590
3. Die Vereinigung der reformierten Schule mit der lutherischen Volksschule (26. August 1876)	595
4. Die Entwicklung der neuen Schulen unter Börje und Personn	597
5. Die Kommunalisierung der Volksschulen: ein Kompromiß	600

Göttinger Schulgeschichte als Spiegelung der Tendenzen der gesellschaftlichen Veränderungen seit der Aufklärung 608

I. Die Durchsetzung der allgemeinen Entwicklungstendenzen in der konkreten Entwicklung der Göttinger Schulen 609

II. Die Tendenzen der Verweltlichung der Schule und der Demokratisierung der Bildung im Spiegelbild lokaler Schulgeschichte 615

A. Verweltlichung und Verstaatlichung 616

  1. Die Verstaatlichung der Schulaufsicht 616

    a. Höhere Schule 616

    b. Elementare und mittlere Schulen 624

  2. Die Verweltlichung der Bildungsinhalte 636

    a. Höhere Bildung 636

    b. Elementare und mittlere Bildung 639

B. Die Demokratisierung der Bildung und die Sozialisierung der Bildungsfürsorge 641



1. Die Durchsetzung der Unterrichtspflicht gegen die lokalen Hemmnisse und Widerstände 641
- B. Die Steuerung des Demokratisierungsprozesses durch Errichtung materieller, sozialer und didaktischer Bildungsbarrieren 643
- C. Die Herausbildung eines organisch gegliederten Schulsystems als Voraussetzung für die zukünftige Demokratisierung der Bildung und die Sozialisierung der Bildungsfürsorge 646